

Antrag**des Abgeordneten Sebastian Kronenberg und der FRP-Fraktion****Nationalen Katzenschutz und Tierheime stärken - Fundtierwesen ordnen, Kommunen entlasten, Tierleid wirksam verringern****Der Bundestag möge beschließen:****I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Der Schutz von Katzen, insbesondere freilebenden und nicht hinreichend versorgten Katzen, weist in Deutschland weiterhin erhebliche strukturelle Defizite auf. In vielen Regionen führen unkontrollierte Vermehrung, fehlende Kennzeichnung, unterlassene Kastration und uneinheitliche Vollzugsregelungen dazu, dass vermeidbares Tierleid fortbesteht und Tierheime, Tierschutzvereine sowie Kommunen über Gebühr belastet werden. Zugleich ist das Fundtierwesen in der Praxis vielfach von unklaren Zuständigkeiten, uneinheitlichen Verfahren und regional stark abweichenden Standards geprägt. Dies erschwert die schnelle Versorgung, Identifizierung und Rückführung aufgefundener Tiere und führt dazu, dass Tierheime regelmäßig Aufgaben übernehmen, die strukturell nicht hinreichend abgesichert sind. Ein wirksamer Katzenschutz und ein funktionierendes Fundtierwesen bedürfen deshalb bundeseinheitlicher Leitlinien, praktikabler Mindeststandards und einer besseren Verzahnung von Tierschutz, kommunalem Vollzug und Tierheimarbeit. Ziel muss es sein, Tierleid frühzeitig zu verhindern, die Zahl unversorgter Katzen wirksam zu reduzieren und Tierheime sowie Kommunen in ihrer praktischen Handlungsfähigkeit nachhaltig zu entlasten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

innerhalb von sechs Monaten einen Bericht zur bundesweiten Lage des Katzenschutzes, des Fundtierwesens und der wirtschaftlichen Belastung von Tierheimen vorzulegen, dabei insbesondere regionale Unterschiede bei Katzenschutzregelungen, die Entwicklung freilebender Katzenpopulationen, die praktische Belastung der kommunalen Fundtiertieraufnahme sowie die finanzielle und personelle Situation der Tierheime zu berücksichtigen, ferner einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem bundesweit einheitliche Mindeststandards für den Schutz freilebender und freilaufender Katzen geschaffen werden, insbesondere im Hinblick auf Kennzeichnung, Registrierung, Kastration, behördliche Anordnungsmöglichkeiten in Belastungsgebieten und tierschutzgerechte Ausnahmen für nachweislich kontrollierte Zucht, darüber hinaus gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden ein Musterverfahren für das Fundtierwesen zu entwickeln, das standardisierte Melde- und Dokumentationsabläufe, klare Zuständigkeitsübergänge zwischen Fundbehörden, Tierheimen und Tierarztpraxen sowie einheitliche Mindestanforderungen an Identifizierung, Rückführung, Unterbringung und Fristen gewährleistet, außerdem einen bundesweit einsetzbaren Mustervertrag für die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Tierheimen bei der Fundtiertieraufnahme und Fundtierversorgung vorzulegen, der Leistungsumfang, Kostenerstattung, Dokumentationspflichten, Erreichbarkeiten und Regelungen für tierärztliche Notfälle klar und rechtssicher ausgestaltet, weiterhin ein Förderkonzept für Kommunen, Tierheime und anerkannte Tierschutzträger zu entwickeln, mit dem in besonders belasteten Regionen zeitlich befristete Maßnahmen zur Reduzierung unkontrollierter Katzenpopulationen, insbesondere Kastrationsaktionen, Kennzeichnungs- und Registrierungsmaßnahmen, Erstversorgung und digitale Dokumentationsstrukturen, unterstützt werden können, zudem zu prüfen, wie Tierheime bei besonders hohen Belastungen durch Fundtiere, Sicherstellungen und freilebende Katzenpopulationen strukturell besser unterstützt werden können, ohne die primäre Verantwortung der öffentlichen Hand für das Fundtierwesen zu verwischen, und dem

Deutschen Bundestag spätestens neun Monate nach Annahme dieses Antrags über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Berlin, den 28. März 2026

Sebastian Kronenberg und Fraktion